

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Harald Güller, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Mehr Investitionen in Kinderbetreuung statt teures Betreuungsgeld!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund für einen Verzicht auf die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP vorgesehene Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern mit Kindern von ein bis drei Jahren einzusetzen. Die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Finanzmittel sollen für einen zügigen und bedarfsgerechten Ausbau von Angeboten der Kindertagesbetreuung verwendet werden.

Begründung:

Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern belegen, dass Betreuungsangebote eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Untersuchungen der OECD und der Bertelsmann-Stiftung belegen überdies, dass frühkindliche Bildung der Schlüssel für die Verbesserung der Chancengleichheit von Kindern ist. Der zügige Ausbau von Betreuungsangeboten ist daher dringend notwendig. Auch der ab dem Jahr 2013 gegebene Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz setzt eine ausreichende Zahl von Plätzen voraus. Angesichts knapper Kassen hat der Ausbau der Kindertagesbetreuung Vorrang.